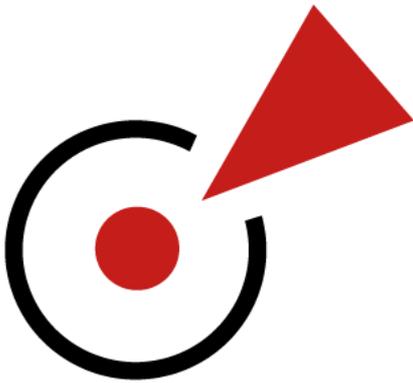


---

*In einer Welt multipler Krisen*  
**MENSCHEN VOR PROFIT**  
INTERNATIONALE DER ÖFFENTLICHEN  
DIENSTE

**31. Weltkongress**

14. - 18. Oktober 2023, Genf



Bericht an den Kongress  
**PSI-Tätigkeitsbericht**  
**2017-2023**

**JULI 2023**

---

<https://psishort.link/Congress2023>

**Hinweis:** Der vorliegende Tätigkeitsbericht beschreibt einige der wichtigsten Aktionen und Erfolge der IÖD seit unserem Kongress 2017. Der Bericht ist nach unserer Arbeit in den Sektoren und unseren branchenübergreifenden Themen gegliedert. Ein umfassenderer Überblick über unsere Aktivitäten ist unseren Jahresberichten zu entnehmen.

<https://psishort.link/2017-annual-report>

<https://psishort.link/2018-annual-report>

<https://psishort.link/2019-annual-report>

<https://psishort.link/2020-annual-report>

<https://psishort.link/2021-annual-report>

<https://psishort.link/2022-annual-report>

## Einleitung

**Seit seiner Verabschiedung auf unserem 30. Weltkongress im Jahr 2017 hat unser *Aktionsprogramm Menschen vor Profit* maßgeblich dazu beigetragen, dass dieses in der Geschichte der Internationale einzigartige Mandat bestimmend für unsere Arbeit geworden ist. Wie uns allen bewusst geworden ist, haben die vergangenen Jahre unsere öffentlichen Dienste und ihre Beschäftigten über das noch tolerierbare Maß hinaus beansprucht. Die Bruchstellen, die infolge einer jahrzehntelangen marktwirtschaftlichen Doktrin bereits deutlich erkennbar waren, haben während der Covid-19-Pandemie fast zum Kollaps des gesamten Systems geführt und eine Bedarfssituation entstehen lassen, die unsere unterfinanzierten, personell unterbesetzten und wenig wertgeschätzten Dienste letztlich nicht mehr bewältigen konnten.**

Unsere Mitglieder waren gezwungen, unter härtesten Bedingungen zu arbeiten, da aufgrund der jahrelangen Austeritätspolitik nicht die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung standen, um die Krise wirksam zu bekämpfen. Tausende von Beschäftigten an vorderster Front starben tragischerweise an dem Virus – oft vermeidbar. Dennoch haben die IÖD und ihre Mitgliedsorganisationen unermüdlich daran gearbeitet, die Arbeitnehmerrechte zu verteidigen, die öffentlichen Dienste zu stärken, die Macht der Gewerkschaften zu festigen, unsere Volkswirtschaften wieder ins Gleichgewicht zu bringen und gerechtere, inklusivere Gesellschaften aufzubauen. In Krisenzeiten wie diesen kann man leicht unsere mit großem Einsatz geführten Kämpfe, unsere großen Siege und unsere kleinen Erfolge, die gleichwohl große Auswirkungen haben, aus den Augen verlieren.

Als einzige internationale Branchengewerkschaft, die bei der WHO akkreditiert ist, haben wir zahlreiche Aspekte der Maßnahmen gegen die Pandemie und der Wiederaufbaupläne mitgestaltet, und wir sind jetzt die wichtigste Stimme der Arbeitnehmer\*innen, wenn es um deren Einflussnahme auf den sich

abzeichnenden Vertrag zur Pandemieprävention und -vorsorge geht.

Wir haben die Leitung der WHO und die meisten Regierungen der Welt davon überzeugen können, sich für den Verzicht auf das Recht an geistigem Eigentum an Impfstoffen einzusetzen und damit das Geschäftsmodell von Unternehmen angefochten, mit öffentlich finanzierten Arzneimitteln Gewinne zu erwirtschaften.

Wir haben auf die unmoralischen und illegalen Praktiken privater Gesundheitsdienstleister hingewiesen, die vom Leid der Menschen profitieren, und uns dafür eingesetzt, dass die Gesundheitsversorgung nicht dem Diktat der Profitmaximierung folgen darf.

Wir wurden zur wichtigsten Opposition gegen die verstörende Einflussnahme von Regierungen, die wenig von den von der IAO definierten Gewerkschaftsrechte halten, und haben die Arbeitnehmergruppe dazu aufgefordert, entschlossener zu handeln.

Wir haben dafür gesorgt, dass Hunderte von Arbeitnehmer\*innen und Gewerkschaftsführer\*innen an den IAO-Konferenzen teilgenommen und unsere Kritik am Abbau von Arbeitnehmerrechten in den jeweiligen Ländern vorgetragen haben. Wir haben dazu beigetragen, starke globale Rahmenvereinbarungen auszuarbeiten, die die Macht der Gewerkschaften und ihre Anerkennung festschreiben, und wir sind gegen unzulängliche globale Rahmenvereinbarungen vorgegangen, die hinter verschlossenen Türen unter Beteiligung wirtschaftsfriedlicher Gewerkschaften und korrupter Unternehmensmanager\*innen ausgehandelt wurden.

Wir haben die erfolgreiche Kampagne zur Verhinderung des Abkommens zum Handel mit Dienstleistungen (TiSA) angeführt und mit unseren Verbündeten eine Kampagne zur Verhinderung der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) organisiert. Beide Abkommen hätten die Privatisierung gefördert und die Fähigkeit der Regierung eingeschränkt, im öffentlichen Interesse regulierend einzugreifen und qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen zu erbringen.

Wir haben die Auswirkungen der Steuervermeidung von Unternehmen auf jedes Land der Welt offengelegt und ausgerechnet, wie viele Gehälter für Krankenpflegekräfte von den hinterzogenen Beträgen finanziert werden könnten und damit die realen Kosten verdeutlicht. Wir haben rigide neue globale Standards für die steuerliche Anzeigepflicht entwickelt, uns erfolgreich für die erste globale Mindestkörperschaftssteuer ausgesprochen und die Vereinten Nationen aufgefordert, sich endlich für eine internationale Steuerreform einzusetzen.

Wir haben Gewerkschaften über Strategien informiert, damit sie geplante schädliche Privatisierungen verhindern können, und wir haben Initiativen zur Rekommunalisierung öffentlicher Dienste in der ganzen Welt unterstützt. Wir haben das Manifest *Unsere Zukunft ist öffentlich* verfasst und gemeinsam mit hochrangigen UN-Sonderberichterstatter\*innen Strategien ausgearbeitet, um Regierungen zu einer die öffentlichen Dienste stärkenden Politik zu motivieren. Wir haben uns entschieden gegen die vom IWF und der Weltbank propagierte Förderung der Privatisierung als Entwicklungsmodell gewehrt. Wir haben schon im

Vorfeld der Pandemie gemeinsam mit Action Aid auf die unangemessenen Versuche des IWF hingewiesen, Lohnkürzungen im öffentlichen Sektor in Ländern durchzusetzen, in denen es einen dramatischen Mangel an Gesundheitsfachkräften gibt. Wir haben mit der Gewerkschaftsbewegung insgesamt zusammengearbeitet, um den berüchtigten manipulierten Doing-Business-Bericht der Weltbank auf Eis zu legen. Der Bericht spricht sich für den Verzicht auf lebenswichtige Regulierungen aus, um Unternehmensinteressen zu fördern. Gemeinsam mit der Bildungsinternationale haben wir erfolgreich die durch internationale Finanzinstitutionen geförderten privaten Bildungsanbieter wie Bridge International Academies gestoppt.

Wir haben die internationale Solidarität durch eine Vielzahl neuer Projekte gefördert und so dazu beigetragen, die Vielfalt, den Einfluss und die Macht der Gewerkschaften im gesamten globalen Süden zu vergrößern. Wir haben Zehntausende von Euro für Gewerkschaften gesammelt und überwiesen, die Katastrophen und Klimaextreme bewältigen mussten, zum Beispiel unsere Kolleg\*innen im Libanon und in Pakistan. Mit unserem Projekt *Digitale Zukunft* sind wir zur führenden globalen Gewerkschaft geworden, die die Bedrohungen durch Digitalisierung und künstliche Intelligenz thematisiert. Wir haben die einzige globale Online-Datenbank mit Klauseln aus Kollektivvereinbarungen, die sich mit der Digitalisierung befassen. Damit wollen wir unsere Mitgliedsorganisationen unterstützen, ihre Mitglieder vor der zunehmende, von Arbeitgebern instrumentalisierte Digitalisierung zu schützen.

Wir haben das #MeToo-Moment genutzt und ein neues IAO-Übereinkommen durchgesetzt, das Hunderte von Millionen Arbeitnehmer\*innen konkret vor Belästigung am Arbeitsplatz schützen wird. Wir haben ein neues Manifest für geschlechtssensible öffentliche Dienste auf den Weg gebracht und Vordenker\*innen aus der ganzen Welt zusammengebracht, um beste Praktiken und erfolgreiche Strategien zu entwickeln. Wir haben die allererste LGBTI-Arbeitnehmergruppe unter den internationalen Branchenverbänden auf globaler Ebene koordiniert.

Letztendlich hat unsere Gewerkschaftsbewegung entscheidend dazu beigetragen, den Aufstieg rechtsextremer Akteur\*innen in vielen Ländern der Welt zu erschweren – auch wenn uns allen bewusst ist, dass diese existenzielle Bedrohung weiter bestehen bleibt.

Niemals war die Stimme der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in der Öffentlichkeit lauter zu hören als heute. Gleichwohl wissen wir, dass viele der Politiker\*innen, die für Arbeitnehmer\*innen in der Krise applaudiert haben, jetzt eine Politik verfolgen, die unseren öffentlichen Diensten noch mehr schaden wird.

Unsere Verantwortung als globale Vertretung dieser Arbeitnehmer\*innen besteht darin, unsere Macht so auszubauen, dass wir diese moralische Autorität in politisches Handeln umsetzen können. Dies wird der wichtige Imperativ sein, der unsere Aktivitäten im Rahmen unseres nächsten Aktionsprogramms bestimmt. Dieses Programm mit dem Titel *„Menschen vor Profit, in einer Welt multipler Krisen“* wird auf dem Kongress 2023 zur Diskussion gestellt.

# Sektorarbeit

## Gesundheits- und Sozialdienste

**Seit unserem letzten Kongress sind die entscheidende Bedeutung der Rechte des Personals im Gesundheitswesen und der hohe Stellenwert starker öffentlicher Gesundheitssysteme zu einem der wichtigsten Themen unserer Zeit geworden.**

Ein großer Erfolg war die Aufnahme offizieller Beziehungen zur WHO im Jahr 2017 – das erste Mal, dass eine Gewerkschaftsorganisation von der WHO akkreditiert wurde. Infolgedessen konnte sich die IÖD bei den Sitzungen der WHO-Gruppe für die Entwicklung von Leitlinien erfolgreich für die Zahlung existenzsichernder Löhne für freiwillige Gemeindeggesundheitsshelfer\*innen (CBHA) einsetzen und eine auf öffentlichen Diensten basierende universelle Gesundheitsversorgung propagieren.

Wir haben die Kampagne *Menschenrecht auf Gesundheit* weltweit und auf Wahlkreisebene gestartet. Die IÖD-Mitgliedsorganisationen haben Massenaktionen und Streiks organisiert, um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen besonders in Argentinien und Chile zu fordern. Die IÖD hat Pläne der Regierung zur Dezentralisierung der Gesundheitsversorgung in Honduras erfolgreich gestoppt.

Wir haben das politische Engagement auf wichtigen Konferenzen wie der *Globalen Konferenz zur Finanzierung des Sozialschutzes* und der *Konferenz der globalen Gewerkschaftsföderationen zur „Care Economy“* koordiniert. Wir haben ebenfalls enge Arbeitsbeziehungen mit dem People's Health Movement aufgebaut und dessen WHO-Watch-Programm unterstützt, das Gesundheitsaktivist\*innen (auch von IÖD-Mitgliedsorganisationen) zusammenbringt, um sich auf Sitzungen der WHO-Leitungsgremien zu Wort zu melden.

Wir haben uns aktiv für die Rechte der Beschäftigten im Gesundheitswesen eingesetzt und uns gegen staatliche Unterdrückung wie z. B. in der Türkei positioniert, wo unsere Anwesenheit bei Prozessen gegen Beschäftigte des Gesundheitswesens wegen falscher Terrorismusvorwürfe dazu beigetragen hat, die Betroffenen vor Schikanen zu schützen und die Freilassung inhaftierter Kolleginnen und Kollegen zu bewirken. Wir haben uns im Rahmen weltweiter Solidaritätsinitiativen für die Wiedereinstellung entlassener Gewerkschaftsführer\*innen im Gesundheitswesen in Liberia eingesetzt und sie bei ihrem Einsatz während der Ebola-Epidemie unterstützt und auf diese Weise Regierungen in anderen Ländern motiviert, sich besser auf zukünftige Pandemien vorzubereiten.

Wir haben die Lobbyarbeit zur Sicherung eines allgemeinen Zugangs zu Arzneimitteln, Technologien und Impfstoffen während der Covid-19-Epidemie unterstützt und mehr als hundert Regierungen davon überzeugt, sich der

Kampagne für die Befreiung von bestimmten Bestimmungen des TRIPS-Übereinkommens anzuschließen. Wir haben an regionalen Tagungen teilgenommen, um eine Übersicht über die wichtigsten Anspruchsgruppen zu erhalten und Verbündete zur Unterstützung von Kampagnen gegen die Privatisierung von Gesundheitsdiensten zu finden. Wir haben die Kampagne *Public Health, Once and For All (Öffentliche Gesundheit, ein für alle Mal)* ins Leben gerufen und damit auf die Bedeutung gut finanzierter universeller Gesundheitssysteme hingewiesen. Wir haben ebenfalls eine aktive Rolle in den Gesprächen bei der IAO übernommen und einen Beitrag zu politischen Leitlinien für Sicherheit am Arbeitsplatz und psychische Gesundheit geleistet.

Wir sind zur führenden Stimme der Arbeitnehmer\*innen geworden, die sich bei der WHO für einen verbindlichen Vertrag zur Pandemieprävention und -vorsorge einsetzt, damit Fragen wie Krisenvorsorge, Lieferketten, öffentliche Investitionen und bessere Beschäftigung im Gesundheitswesen thematisiert werden.

## Sozialpflege

**Im Jahr 2022 entwickelte die IÖD eine neue Strategie für ihre Arbeit im Bereich der Pflege einschließlich der Einstellung einer Person, die in Vollzeit die gewerkschaftliche Organisation übernimmt.**

Unsere Strategie für die Pflege wird die Mitgliedsorganisationen, die sich für die Interessen von Beschäftigten aus den Bereichen Kinderbetreuung, Langzeitpflege, Sozialdienste und Gesundheitshelfer\*innen einsetzen, dabei unterstützen, Kampagnen durchzuführen, gewerkschaftlich zu organisieren und sich für ein öffentliches Pflegesystem einzusetzen, das die Nutzer\*innen und die Beschäftigten des Systems gleichermaßen wertschätzt.

Unser *Pflegemanifest*, das unter Mitwirkung der Mitgliedsgewerkschaften ausgearbeitet wurde, ist zu einer fortzuschreibenden grundsatzpolitischen Vorlage geworden, die unsere Leitideen für ein besseres Pflegesystem beschreibt. Um die IÖD-Gewerkschaften und -Frauenausschüsse bei der Umsetzung dieses Pflegemanifestes zu unterstützen und ihnen das nötige Rüstzeug an die Hand zu geben, wurden weltweit ein Advocacy-Leitfaden und ein begleitendes [Arbeitsbuch für Aktivitäten](#) herausgegeben.

Wir haben zwei wichtige Forschungsarbeiten im Rahmen einer Reihe von globalen Webinaren vorgestellt: *Die Krise in der Langzeitpflege - Auswirkungen der privaten Bereitstellung* und *Pflegende und Gepflegte: Wie die Finanzwelt Kapital aus dem Pflegesektor extrahiert und uns allen schadet*. Wir haben die regionale Tagung der IÖD-Mitgliedsorganisationen im Bereich Gesundheit und Pflege im asiatisch-pazifischen Raum organisiert, auf der sich Beschäftigte im Gesundheits- und Pflegebereich wie Krankenschwestern und -pfleger und Gesundheitshelfer\*innen getroffen haben, um sich mit dem Thema gewerkschaftliche Organisation zu befassen.

# Versorgungsbetriebe

**Im Wasser- und Energiesektor hat sich die IÖD an vorderster Front gegen Privatisierungspläne positioniert und diese blockiert. Gleichzeitig haben wir Initiativen zur Rekommunalisierung von Versorgungsbetrieben unterstützt.**

In Lagos, Nigeria, hat die IÖD zusammen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen erfolgreich bei der Weltbank interveniert und durchgesetzt, dass sie sich aus einem Projekt zur Privatisierung der Wasserversorgung zurückzieht. Auch in Jakarta, Indonesien, haben sich Gewerkschaften und Verbündete auf dem Rechtsweg und auf Demonstrationen für die Rekommunalisierung der Wasserversorgung eingesetzt. Die Beteiligung der IÖD am *Alternativen Weltwasserforum (FAMA)* in Brasilien und die Koordinierung von FAMA-Veranstaltungen haben einmal mehr gezeigt, dass wir uns weltweit mit dem Thema der Privatisierung der Wasserwirtschaft auseinandersetzen.

Insbesondere in Nigeria, Indonesien, Korea und Ghana hat die IÖD mit den Gewerkschaften zusammengearbeitet, um gegen die von internationalen Finanzinstitutionen unterstützten Versuche der Privatisierung der Energieversorgung vorzugehen.

Die Arbeit der IÖD hat gezeigt, dass rigidere staatliche Maßnahmen in der Klimapolitik einschließlich der Änderung globaler Handelsregeln erforderlich sind, um Investitionen der öffentlichen Versorgungsunternehmen in erneuerbare Energien zu ermöglichen. Unsere Mitwirkung in UN-Gremien und unsere Zusammenarbeit mit dem UN-Sonderberichterstatter über das Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser hat unserer Advocacy-Arbeit einen höheren Aufmerksamkeitswert gegeben. Die IÖD hat die *Global Water Operator Partnership Alliance (GWOPA)* der Vereinten Nationen unterstützt, um öffentliche Versorger über beste Praktiken zu informieren. Die IÖD und der EGÖD haben in Zusammenarbeit mit öffentlichen Versorgungsbetrieben und Bündnispartnern dazu beigetragen, dass die Europäische Kommission 7 Millionen Euro für öffentlich-öffentliche Partnerschaften (ÖÖP) in der Wasserwirtschaft bereitgestellt hat, wobei die GWOPA die Mittelverwendung überwacht. Wir haben einen Beitrag zum Weltwasser-Entwicklungsbericht der VN geleistet und damit sichergestellt, dass der Schwerpunkt auf öffentlicher Infrastruktur und Politik liegt. Die IÖD hat aktiv an zahlreichen Konferenzen und Gipfeltreffen teilgenommen, um die Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu bewerten und globale Netzwerke für Wasser- und Energiegewerkschaften aufzubauen.

## Kommunal- und Regionalverwaltungen (LRG)

**Wir haben uns im Rahmen der Zusammenarbeit mit UN Habitat für eine aktivere Rolle der Gewerkschaften bei der Verringerung des**

**Armutsgefälle und beim Aufbau sozial gerechter Städte eingesetzt. Wir haben unseren Dialog und unsere Partnerschaften mit United Cities and Local Governments (UCLG) im Hinblick auf gemeinsame Interessen und Advocacy-Ziele vertieft, unter anderem durch gemeinsame Erklärungen und Veranstaltungen.**

So konnten wir direkt mit Bürgermeister\*innen und Staats- und Regierungschefs aus der ganzen Welt sprechen, um Fragen zu den Rechten der Beschäftigten in den Kommunalverwaltungen und zur Qualität kommunaler Dienstleistungen anzusprechen. Wir haben den sozialen Dialog mit den Arbeitgeberorganisationen in den LRG ausgebaut und an internationalen Foren teilgenommen, um für die Rolle der Gewerkschaften bei der Gewährleistung eines gerechten Zugangs zu hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen in den Städten zu werben.

Wir haben Dutzende von Vertreter\*innen unserer Mitgliedsorganisationen aus dem Entsorgungssektor in Lateinamerika einberufen, um einen gemeinsamen Aktionsplan für Arbeitnehmerrechte und menschenwürdige Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im kommunalen Entsorgungssektor in der Region zu entwickeln

Wir haben gewerkschaftliche Kapazitäten für die Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen aufgebaut und Workshops zur Entwicklung von Strategien und für LRG-Mitgliedsorganisationen in Afrika veranstaltet. Wir haben einen Arbeitnehmer- und Gewerkschafts-Leitfaden für Rekommunalisierungen veröffentlicht, der auf den Erfahrungen aus 50 erfolgreichen Fällen in verschiedenen Sektoren und auf der ganzen Welt basiert. An vielen dieser Fälle waren wir maßgeblich beteiligt.

Wir haben uns bei der OECD erfolgreich für die Mitwirkung der Gewerkschaften an der Gestaltung und Überwachung der öffentlichen Auftragsvergabe eingesetzt, was dazu führte, dass bewährte Praktiken der Gewerkschaften in die OECD-Publikation *Integrating Responsible Business Conduct in Public Procurement* aufgenommen wurden.

Wir haben in allen Regionen solide Netzwerke in den Kommunal- und Regionalverwaltungen aufgebaut, eine Reihe von Workshops durchgeführt, an denen Hunderte von Mitgliedern unserer angeschlossenen Gewerkschaften teilgenommen haben, und einen globalen Newsletter zu wichtigen Themen entwickelt.

Während der Covid-19-Pandemie haben wir [“LRGNext2021“-Themensitzungen](#) durchgeführt, eine Reihe von Online-Konsultationen mit Mitgliedern aus der Kommunal- und Regionalverwaltung und unseren Verbündeten. Die Konsultationen boten allen LRG-Mitgliedern in allen Regionen einen inklusiven Raum, in dem sie aktuelle politische Fragen erörtern und dabei die neuen verfügbaren digitalen Instrumente nutzen konnten. Dieser Prozess führte zum [PSI-Aktionsplan für das globale LRG-Netzwerk 2022-2027 mit dem Titel „Building the Future of Local Public Services“ \(Die Zukunft kommunaler öffentlicher Dienste gestalten\)](#), der uns als Orientierungshilfe durch unser nächstes Mandat begleiten wird.

# Nationale Verwaltung und internationale Beamt\*innen

**Die IÖD setzt sich für die Rechte der Beschäftigten in nationalen und internationalen Verwaltungen ein und befasst sich aktiv mit schwierigen Themen wie Austeritätspolitik, Privatisierung, Whistleblowing und der zunehmenden Digitalisierung der Arbeit in der zentralen Staatsverwaltung.**

Wir haben zum ersten Mal an einer Sitzung des Expertenkomitees für öffentliche Verwaltung der Vereinten Nationen (CEPA) teilgenommen und uns für den Schutz des öffentlichen Dienstes und seiner Beschäftigten angesichts der zunehmenden Digitalisierung und Automatisierung eingesetzt. Wir waren ebenfalls beim Global Anti-Corruption and Integrity Forum der OECD präsent und haben einen Beitrag in der Debatte über Indikatoren für öffentliche Integrität geleistet.

Wir haben unsere Mitgliedsorganisationen innerhalb des UN-Systems bei ihrer Kampagne gegen Gehaltskürzungen unterstützt und einen wichtigen Meilenstein erreicht, als das IAO-Verwaltungsgericht entschied, dass die 7,5%ige Gehaltskürzung des ICSC für internationale Beamt\*innen mit Sitz in Genf rechtswidrig und rückgängig zu machen ist, wodurch die Rechte der betroffenen Beschäftigten gewahrt werden. Diese Advocacy-Arbeit und der Widerstand des Personals und der IÖD führten zu entscheidenden Gesprächen mit der ICSC und hochrangigen UN-Mitarbeiter\*innen, so dass die Gehaltskürzung und die Vorschläge für kurze, befristete Arbeitsverträge nicht durchgesetzt werden konnten.

Im Jahr 2021 nahm die IÖD an der OECD-Konferenz *Government Beyond Recovery: Towards a Future-Fit Public Sector* teil und leistete einen Beitrag zur Debatte über eine Reihe von Themen im Hinblick auf die Zukunft des öffentlichen Sektors einschließlich Regulierung und Innovation.

## Bildung, Kultur und Medien

**Zu den konkreten Erfolgen der IÖD im Sektor Bildung, Kultur und Medien gehören die Sensibilisierung für die Auswirkungen der Privatisierung auf Bildungs- und Kulturdienstleistungen, Advocacy-Arbeit für Arbeitnehmerrechte und die aktive Beteiligung an globalen Kampagnen zur Verteidigung der öffentlichen Bildung und der Arbeitnehmerinteressen.**

Gemeinsam mit der Bildungsinternationale haben wir eine weltweite Aktion gegen Bridge International Academies (BIA) durchgeführt, ein Unternehmen, das kommerzielle Privatschulen im globalen Süden betreibt. Dies veranlasste die Weltbank, ihre Partnerschaften mit dem Unternehmen zu beenden.

Wir haben an der TUAC-Arbeitsgruppe der OECD zum Thema Bildung und an der globalen Kampagne gegen die Privatisierung der Bildung teilgenommen und auf Sitzungen über wichtige Themen wie Gewalt am Arbeitsplatz, Kollektivverhandlungen und Privatisierung diskutiert.

Unser Netzwerk für Beschäftigte in Schulhilfsdiensten und Kulturarbeiter\*innen (Education Support and Cultural Workers – ESCWN) hat ein Manifest für Arbeitnehmer\*innen erstellt und seine Forderungen an Behörden in der ganzen Welt übermittelt. Wir haben an Sitzungen teilgenommen, um Fragen im Zusammenhang mit dem Zugang zu Impfstoffen, dem COP26-Klimagipfel und den Arbeitsbedingungen für Beschäftigte in Schulhilfsdiensten zu erörtern. Unser Netzwerk hat eine Erklärung für die UNESCO-Welthochschulkonferenz ausgearbeitet, in der eine stärkere Anerkennung und Beteiligung von Beschäftigten in Schulhilfsdiensten gefordert wird.

## **Bereichsübergreifende Themen**

### **Steuern**

**Die Arbeit der IÖD im Kampf für ein gerechteres globales Steuersystem hat dazu beigetragen, dass wir uns als führende globale Organisation etabliert haben, die bedeutende Erfolge bei der Steuerreform erzielt.**

Unsere globale Arbeit für gerechtere Steuern hat zu bedeutenden Fortschritten geführt. Eine Reihe aufgedeckter Steuerskandale und Gewerkschaftskampagnen für gerechte Unternehmensbesteuerung haben dazu beigetragen, dass der globale Diskurs über Steuervermeidung heute eine andere Qualität hat. Wir haben die OECD dazu veranlasst, die länderbezogene Berichterstattung (CBCR) und den automatischen Informationsaustausch einzuführen, und viele Länder haben progressivere Steuergesetze verabschiedet. Die IÖD hat eine neue Steuerstrategie entwickelt, bei der die Aufdeckung von Steuerskandalen großer Unternehmen im Vordergrund steht.

Wir haben das Centre for International Corporate Tax Accountability and Research (CICTAR) gegründet, um Gewerkschaften zu unterstützen, die die Steuerregelungen multinationaler Unternehmen durchschauen und dagegen vorgehen wollen. CICTAR hat zahlreiche Berichte veröffentlicht, Gewerkschaftskampagnen unterstützt und von Gewerkschaften auf allen Kontinenten Unterstützung erhalten. Die Arbeit von CICTAR hat insbesondere Steuerpraktiken in Unternehmen der Altenpflege, bei Regierungsverträgen und in großen digitalen Unternehmen aufgedeckt, was zu einer umfassenden Berichterstattung in den Medien und parlamentarischen Untersuchungen geführt

und Änderungen der nationalen Steuergesetze bewirkt hat.

Die IÖD hat den Ko-Vorsitz der Unabhängigen Kommission zur Reform der Besteuerung internationaler Unternehmen (ICRICT) übernommen und dazu beigetragen, dass sie erhebliche Finanzmittel und Aufmerksamkeit (über 400 Medienartikel) erhalten hat und hochrangige Wirtschaftswissenschaftler wie Thomas Piketty, Jayati Ghosh und Joseph Stiglitz für sich gewinnen konnte.

Ein bedeutender Erfolg war das Engagement der IÖD für eine öffentliche länderbezogene Berichterstattung (CBCR) im Rahmen der Standards der Global Reporting Initiative (GRI). Wir haben Gewerkschaften, Aktivist\*innen, Steuerexpert\*innen und globale Investoren mit Bilanzsummen von mehr als 10 Billionen Dollar zur Unterstützung dieses neuen Standards mobilisiert. Hunderte von großen multinationalen Unternehmen werden nun ihre Steuerzahlungen in allen Ländern, in denen sie tätig sind, offenlegen.

Im Jahr 2021 hat sich die IÖD erfolgreich für eine begrenzte öffentliche länderbezogene Berichterstattung (CBCR) in der EU eingesetzt, und trotz einiger Schlupflöcher ist die Richtlinie ein positiver Schritt in Richtung Steuertransparenz. Die IÖD-Mitgliedsorganisationen in Australien haben die öffentliche Rechenschaftspflicht weiter durchgesetzt, indem sie die neue australische Regierung dazu veranlasst haben, die GRI-Standards zu nutzen und noch bessere öffentliche CBCR-Gesetze für einen noch höheren globalen Maßstab zu setzen – insbesondere für Regierungen im globalen Süden.

Unser Engagement im Rahmen der G20/OECD-Prozesse hat dazu beigetragen, Einfluss auf einige Abkommen wie das CBCR zu nehmen, und wir haben auch an der Einführung der ersten globalen Mindestkörperschaftssteuer von 15 % mitgewirkt. Allerdings gehen unsere Ambitionen deutlich weiter. Der Kampf für Steuergerechtigkeit hat auch einen geschlechtsspezifischen Aspekt, da Frauen unverhältnismäßig stark von steuerlicher Ungerechtigkeit und prekär finanzierten öffentlichen Diensten betroffen sind. Wir haben regionale Workshops und Schulungsprogramme in Afrika, Lateinamerika und Asien durchgeführt, um für Steuergerechtigkeit zu werben, und wir haben eine Reihe von gewerkschaftspolitischen Kurzberichten – *Fixing Corporate Tax* – betreut, in denen die für die Gewerkschaften wichtigsten Argumente zur Durchsetzung gerechterer Steuersysteme zusammengefasst werden. Wir haben den ersten *State of Tax Justice Report* (Bericht über den Stand der Steuergerechtigkeit) veröffentlicht, in dem wir für jedes Land der Erde die durch Steuervermeidung entgangenen Einnahmen kalkulieren und die Finanzierung hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen fordern.

Als Reaktion auf die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die öffentlichen Haushalte setzt sich die IÖD für eine bessere Steuerpolitik ein, einschließlich Steuern auf digitale Gewinne, Vermögenssteuern und eine höhere globale Mindeststeuer. Darüber hinaus setzt sich die IÖD aktiv dafür ein, dass die Vereinten Nationen eine wichtigere Rolle bei der globalen Steuerreform übernehmen, und konnte Länder dazu bewegen, eine Resolution zur Unterstützung einer verstärkten internationalen Steuerkooperation zu verabschieden.

# Handel

**Die IÖD ist zu einer führenden Stimme gegen undemokratische Handelsabkommen von Unternehmen geworden und setzt sich für Handelspraktiken ein, die stattdessen den Arbeitnehmer\*innen in der ganzen Welt zugute kommen.**

Einer der größten Erfolge der IÖD war die erfolgreiche Kampagne gegen das Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen (TISA). Dieses Abkommen enthielt Bestimmungen, die Privatisierungen erleichtert und den Regierungen die Erbringung essenzieller Dienste erschwert hätten.

Die IÖD hat sich bei der Neuverhandlung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) gegen Maßnahmen ausgesprochen, die den Beschäftigten und den öffentlichen Diensten schaden würden, und eine Handelspolitik gefordert, die den Interessen der Beschäftigten und der Umwelt Vorrang gibt.

Die asiatisch-pazifische Region stand vor einer schwierigen Situation, als 11 Länder mit dem TPP-Abkommen ohne die USA fortfuhren und die Verhandlungen über die Umfassende Regionale Wirtschaftspartnerschaft (Regional Comprehensive Economic Partnership, RCEP) fortgesetzt wurden. Die IÖD äußerte Bedenken wegen der Auswirkungen auf die öffentlichen Dienste und des Fehlens eines demokratischen Prozesses und organisierte federführend den Widerstand gegen den Indo-Pazifischen Wirtschaftsrahmen (IPEF).

Bislang ist es uns gelungen, die Vorschläge der EU für einen multilateralen Investitionsgerichtshof (MIC) bei den Vereinten Nationen zu blockieren, indem wir aktiv an politischen Gesprächen teilgenommen und Ressourcen bereitgestellt haben, um die Mitgliedsorganisationen über die Gefahren des MIC zu informieren. Wir haben ebenfalls Kampagnen gegen die Einführung des umstrittenen Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahrens (ISDS) und gegen den Energiecharta-Vertrag durchgeführt, unter anderem durch medienwirksame Events am Rande des Weltwirtschaftsforums.

Beim Ausbruch von Covid-19 war die IÖD federführend bei der Kampagne für eine TRIPS-Ausnahmeregelung zur Aussetzung von Handelsregeln, die den Zugang zu Covid-19-Gesundheitstechnologien (Impfstoffe usw.) insbesondere im globalen Süden beschränken.

## Migration und Geflüchtete

**In den letzten sechs Jahren haben Konflikte, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen, Klimakatastrophen und wirtschaftliche Not die Menschen aus ihren Heimatländern vertrieben. Die IÖD hat sich für die Förderung einer auf Rechten basierenden Perspektive und die Verteidigung des Zugangs zu qualitativ hochwertigen öffentlichen**

## **Diensten eingesetzt, insbesondere für gefährdete Gruppen wie Frauen und Kinder.**

Wir haben uns an Diskussionen und Konsultationen zum *Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration der Vereinten Nationen* beteiligt und uns für den Zugang von Migrant\*innen zu öffentlichen Diensten und zur Inklusion sowie für ein Ende der Vermittlungsgebühren eingesetzt.

Die IÖD hat ein zweijähriges Projekt über *Menschenrechte, Gewerkschaften und hochwertige öffentliche Dienste für Geflüchtete und Arbeitsmigrant\*innen* im Libanon, in Tunesien und Algerien geleitet. Unsere Projekte haben auch zum Aufbau gewerkschaftlicher Kapazitäten für die Verteidigung der Rechte von Binnenvertriebenen in Nigeria beigetragen.

Die IÖD hat wichtige Untersuchungen zum Schutz von Geflüchteten und zur Privatisierung von Migrations- und Geflüchtetediensten veröffentlicht. Im Jahr 2018 war die Verabschiedung des *Globalen UN-Paktes für eine sichere, geordnete und reguläre Migration* und des *Globalen UN-Paktes für Geflüchtete* ein wichtiger Erfolg. Die IÖD hat sich an der Umsetzung beider Pakte beteiligt und sich für die Rechte von Arbeitsmigrant\*innen, sozialen Schutz und den Zugang zu hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen eingesetzt.

In Zusammenarbeit mit dem UN-Migrationsnetzwerk haben wir uns für eine kohärente Politik im Rahmen der Global Skills Partnerships (transnationale Ausbildungspartnerschaften) engagiert. Während der Covid-19-Pandemie haben wir uns federführend für Impfstoffgerechtigkeit und die Einbeziehung von Flüchtlingen in die Pandemiebekämpfung eingesetzt. Im Jahr 2022 konnte die IÖD durch ihr Engagement im *International Migration Review Forum* und ihre Beteiligung an den *WHO-Leitlinien für bilaterale Abkommen über die Migration und Mobilität von Gesundheitspersonal* eine Stärkung der Rechte von Arbeitsmigrant\*innen und gerechtere Rekrutierungspraktiken durchsetzen.

## **Digitalisierung**

**Die IÖD entwickelt inzwischen weltweit führend gewerkschaftliche Perspektiven zur Digitalisierung und trägt dazu bei, Arbeitnehmerrechte zu verteidigen, die Zukunft der öffentlichen Dienste zu gestalten und Unternehmen daran zu hindern, den digitalen Wandel zur Konzentration ihrer Macht zu nutzen.**

Um diese Ziele zu erreichen, hat die IÖD ein neues Arbeitsprogramm zur Digitalisierung vorgestellt, um die Mitgliedsorganisationen zu unterstützen.

1. Verstehen der Auswirkungen der Digitalisierung auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes
2. Verteidigung der Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer\*innen angesichts neuer Technologien

3. Verstehen der Auswirkungen der neuen Technologien auf öffentliche Dienstleistungen
4. Sicherstellen, dass Arbeitnehmer\*innen und Gewerkschaften die Folgen von Big Data und algorithmischer Entscheidungsfindung für Arbeitnehmer\*innen, öffentliche Dienste und die Demokratie verstehen

Wir haben eine Reihe praktischer Instrumente entwickelt, um unsere Mitgliedsorganisationen dabei zu unterstützen, und das Projekt „*Unsere digitale Zukunft*“ ins Leben gerufen, um die Kapazitäten der Mitgliedsorganisationen zur Bewältigung der mit der Digitalisierung verbundenen Veränderungen zu verbessern. Wir haben Hunderte von Digital Rights Organizern und Gewerkschaftsführer\*innen geschult, damit sie in Verhandlungen für stärkere Datenrechte der Arbeitnehmer\*innen und Mitentscheidung bei algorithmischen Systemen argumentieren können, und wir haben regionale Netzwerke zur Weitergabe von Strategien aufgebaut.

Wir haben ebenfalls den ersten *Digital Bargaining Hub* entwickelt, der Hunderte von Klauseln aus der Praxis zu digitalen Themen aus bestehenden Kollektivverträgen zusammenstellt und dazu Analysen vorlegt, um den Gewerkschaften bei Verhandlungen zu helfen, Arbeitnehmer\*innen und öffentliche Dienste vor den Risiken einer unregulierten Digitalisierung zu schützen. Außerdem haben wir eine Reihe zusätzlicher Instrumente zur Digitalisierung wie den *Digital Impact Framework*, das *Data Rights Tool* und den interaktiven Bericht *Digitalisation: a Union Guide* entwickelt.

Wir haben gegen Klauseln im Wirtschaftsverkehr gekämpft, die die Möglichkeiten der Regierungen zur Regulierung großer Technologieunternehmen eingeschränkt hätten, und wir haben die Steuervermeidungspraktiken großer Technologieunternehmen aufgedeckt, die Outsourcing fördern und große Regierungsaufträge erhalten, aber ihre Gewinne ins Ausland verschieben.

Auf der UNCSW 67 haben wir einen Aufruf für einen „gender-transformativen digitalen New Deal“ gestartet, der zur Gründung der progressiven Koalition „Global Digital Justice Forum“ beigetragen hat. Mit diesem Forum hat die IÖD einen Vorschlag für eine „Neue Agenda für digitale Gerechtigkeit“ zur Vorlage bei dem UN-Sondergesandten für den UN Global Digital Compact erarbeitet.

## **Klimakrise**

**In den letzten sechs Jahren haben wir uns an vorderster Front für eine Klimapolitik eingesetzt, die das öffentliche Interesse, die Arbeitnehmer\*innen und den Planeten in den Vordergrund stellt.**

Zu den Initiativen der IÖD gehören die Zusammenarbeit mit nationalen Regierungen im Bereich der Klimapolitik, die Förderung von Maßnahmen für einen gerechten Übergang, die Stärkung der Rolle der öffentlichen Versorgungsunternehmen beim Übergang zu einer kohlenstoffarmen Stromerzeugung und der Aufbau von Bündnissen mit Organisationen der

Zivilgesellschaft und Gewerkschaften für neue Konzepte wie den *globalen Green New Deal*.

Wir haben uns mit Mitgliedsorganisationen und Regierungen an der Entwicklung von „beabsichtigten nationalen Beiträgen“ (INDC) im Rahmen des Pariser Klimaabkommens beteiligt und auf die Bedeutung lokaler und regionaler Regierungen bei der Bewältigung von Klimaproblemen hingewiesen. Wir haben ebenfalls erklärt, wie wichtig ein gerechter Übergang zum Schutz der betroffenen Arbeitnehmer\*innen und zur Förderung nachhaltiger Veränderungen ist.

Wir haben einen Beitrag zum Aufbau des Netzwerks Gewerkschaften für Energiedemokratie (TUED) geleistet, um Instrumente zur Stärkung der Rolle der öffentlichen Versorgungsunternehmen in einer kohlenstoffarmen Energieversorgung zu entwickeln. Dabei ging es uns in erster Linie um den Aufbau der Kapazitäten von Notfallhelfer\*innen und Personen, die bei Katastrophen an vorderster Front im Einsatz sind, damit sie sich auf extreme Wetterereignisse infolge des Klimawandels einstellen können. Außerdem haben wir unser *Klima-Toolkit* fertiggestellt, das Gewerkschaftsmitgliedern helfen soll, sich mit den wissenschaftlichen, politischen und arbeitsbezogenen Aspekten des Klimawandels auseinanderzusetzen.

Wir haben Kontakt zu den Aktivist\*innen von Fridays For Future aufgenommen, an zahlreichen Demonstrationen teilgenommen und die Bedeutung von Gewerkschaften und öffentlichen Dienstleistungen für neue, junge Zielgruppen betont. Wir haben mit Naomi Klein, Alexandria Ocasio-Cortez und anderen prominenten Aktivist\*innen an einer Kommunikationskampagne gearbeitet und damit aufgezeigt, wie ein „Green New Deal“ helfen könnte, die sich verschärfende Klima- und Umweltkrise zu bewältigen

## **Kampf gegen Privatisierungen & Förderung von Rekommunalisierung und qualitativ hochwertigen öffentlichen Diensten (QPS)**

**Die IÖD ist die führende Organisation im weltweiten Kampf gegen Privatisierungen und für die Förderung öffentlicher Dienstleistungen in der ganzen Welt durch verschiedene Strategien und Kampagnen.**

Einer der Hauptschwerpunkte der IÖD war der Widerstand gegen „innovative und/oder gemischte Finanzierungen“, die oft zu öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) oder anderen Formen der Privatisierung führen. Wir haben uns aktiv gegen die wachsende Einflussnahme von Finanzdienstleistern auf Privatisierungen und ÖPP gewehrt und gegen die Finanzialisierung und Verbriefung privatisierter Vermögenswerte gekämpft, um zu verhindern, dass diese umgehend auf den Finanzmärkten gehandelt werden. Wir haben einen Leitfaden für Arbeitnehmer\*innen zum Thema Finanzialisierung erstellt, damit die

Mitgliedsorganisationen wissen, worauf sie achten müssen, und wir haben uns mit dem Problem der privaten aggressiven Kreditvergabe an einige der ärmsten Länder der Welt befasst, die oft deren Fähigkeit einschränkt, in wichtige öffentliche Dienste zu investieren.

Die IÖD hat im Rahmen ihrer Partnerschaft mit ActionAid auf die nachteiligen Auswirkungen von Lohnobergrenzen im öffentlichen Sektor hingewiesen, insbesondere wenn sie zu den Konditionalitäten von IWF-Krediten gehören oder als politische Empfehlungen vorgelegt werden. Bei Treffen mit dem IWF haben wir gefordert, dass Lohnobergrenzen im öffentlichen Sektor nicht zu den Standardempfehlungen für Maßnahmen gehören sollten, und dass die Politik evidenzbasiert und nicht von einer neoliberalen Ideologie geleitet sein sollte

In Nigeria und Indonesien hat die IÖD erfolgreich Bündnisse für den Kampf gegen die Privatisierung der Wasserversorgung mobilisiert und die Weltbank dazu veranlasst, sich aus dem nigerianischen Privatisierungsprojekt zurückzuziehen. Die IÖD hat ebenfalls Kampagnen gegen die Privatisierung der Energiewirtschaft in Ländern wie Ghana, Indien und Nigeria unterstützt und sich für den Schutz öffentlicher Vermögenswerte und Dienstleistungen vor privater Übernahme eingesetzt.

Die IÖD hat eine wichtige Rolle bei der Unterstützung von Rekommunalisierungen gespielt, indem sie die Gewerkschaften auf die Wahrnehmung von Rechten und Interessen der Beschäftigten vorbereitet hat, die vom privatwirtschaftlichen zum Public Management wechseln. Die Ergebnisse dieser Initiativen sind in Korea zu sehen, wo von der IÖD unterstützte Kampagnen dazu führten, dass ein Teil des Seouler U-Bahn-Systems nach einem gescheiterten Privatisierungsversuch wieder in Staatsbesitz überging. Wir haben uns aktiv in UN-Gremien engagiert und mit dem UN-Sonderberichterstatter zu extremer Armut und Menschenrechten zusammengearbeitet, um die Aufmerksamkeit auf die negativen Auswirkungen der Privatisierung auf die Menschenrechte und insbesondere auf gefährdete Bevölkerungsgruppen zu lenken. Die IÖD hat in Zusammenarbeit mit der Universität Glasgow und dem Transnational Institute (TNI) die *Public Futures Database* ins Leben gerufen, eine umfassende globale Datenbank zur Rekommunalisierung/Entprivatisierung.

Wir waren die erste internationale Branchengewerkschaft, die sich kritisch mit dem Thema eines universellen Grundeinkommens (UBI) auseinandergesetzt hat, und wir haben mit der New Economics Foundation zusammengearbeitet, um die Idee der Universellen Öffentlichen Qualitätsdienste (UQPS) als bessere Alternative zur Bewältigung von Umverteilung, zunehmender Ungleichheit, prekärer Arbeit und technologischen Veränderungen zu fördern. Wir haben mit dem Komitee für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCTAD) zusammengearbeitet, um eine Reihe von Kurzdossiers für Mitgliedsorganisationen zum Thema Staatsverschuldung zu erstellen. Dies wird dazu beitragen, unsere Forderungen nach besseren globalen Mechanismen zur Schuldumwandlung zu untermauern und auf die Notwendigkeit einer progressiven Besteuerung hinzuweisen, um Sparmaßnahmen entgegenzuwirken und nachhaltiges Wachstum zu fördern.

Im Jahr 2022 zeigten die Initiativen der IÖD Wirkung, als der *Welt-Städte-Bericht 2022* die Rekommunalisierung als praktikable Politik anerkannte und die Rolle der Gewerkschaften bei der Förderung dieser Vorgehensweise hervorhob.

## **Gewerkschaftsrechte**

**In den vergangenen sechs Jahren hat die IÖD die Gewerkschaftsrechte im Interesse der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes an vorderster Front verteidigt und gefördert und sich an verschiedenen Aktionen und Kampagnen in aller Welt beteiligt.**

In Algerien hat die IÖD den Widerstand gegen die zunehmenden Übergriffe gegen Mitgliedsorganisationen koordiniert und Maßnahmen wie Beschwerden bei der IAO, der OECD und der EU-Kommission und Kampagnen in den sozialen Medien sowie Asylverfahren für im Exil lebende Gewerkschaftsführer\*innen unterstützt.

In Indien hat sich die IÖD an einem landesweiten Generalstreik von Millionen von Arbeitnehmer\*innen aus verschiedenen Sektoren beteiligt und menschenwürdige Arbeitsbedingungen, ein Ende der Leiharbeitsverträge und die Umsetzung besserer Arbeitsgesetze gefordert.

In Südkorea hat die beständige Advocacy-Arbeit der IÖD und unserer Mitgliedsorganisationen zur Amtsenthebung von Präsidentin Park Geun-hye beigetragen, die sich während ihrer Amtszeit zahlreicher Vergehen schuldig gemacht hat. Dieser Sieg hat gezeigt, welche Kraft die Gewerkschaftsbewegung hat, wenn es darum geht, Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht einzufordern.

In Liberia hat die Kampagne der IÖD für die Anerkennung der National Health Workers' Association of Liberia (NAHWAL) und die Wiedereinstellung von Joseph Tamba und George Poe Williams zum Erfolg geführt. Ermutigt durch die von EB-149 angenommene Initiativentschließung zu Liberia veranstaltete die NAHWAL, die inzwischen in National Health Workers Union of Liberia (NAHWUL) umbenannt wurde, einen Kongress, um einen neuen Vorstand zu wählen, und unternahm den entscheidenden Schritt, sich ihrem Dachverband anzuschließen und ihre offizielle Registrierung bei den liberianischen Behörden zu beantragen. Weitere Schikanen führten jedoch dazu, dass Poe Williams gezwungen war, nach Ghana ins Exil zu gehen, wo ihn die IÖD weiter unterstützt.

Wir haben unsere Mitgliedsorganisationen in Brasilien während des von der Central Única dos Trabalhadores (CUT) organisierten massiven Generalstreiks gegen die Beschäftigungs- und Rentenreformen unterstützt, wobei die Mitgliedsorganisationen in ganz Amerika Solidarität und Unterstützung geleistet haben. In Ecuador hat die IÖD rechtliche Schritte eingeleitet und eine Klage erhoben, um die Rechte von Gewerkschaftsführer\*innen zu verteidigen. Die IÖD hat den *Practical Guide for Trade Union Action in the Inter-American Human Rights System* herausgegeben, der wichtige Instrumente zur Bekämpfung von Verstößen gegen Arbeits- und Gewerkschaftsrechte enthält.

Auf den Philippinen hat die Regierung nach einer siebenjährigen Kampagne unter Führung der IÖD-Mitgliedsorganisationen und anderer Gewerkschaften des öffentlichen Sektors das „Übereinkommen über Arbeitsbeziehungen im öffentlichen Dienst (1978)“ verabschiedet, eine bedeutende Errungenschaft für die Arbeitnehmerrechte in der Region Asien und Pazifik.

Die Advocacy-Arbeit der IÖD hatte ebenfalls internationale Organisationen zum Ziel: Innerhalb des UN-Systems forderte die IÖD die Einhaltung der Gewerkschaftsrechte und der Mechanismen für Kollektivverhandlungen und hat dazu beigetragen, eine erhebliche Lohnkürzung für die Beschäftigten der IAO zu verhindern. Bei den Vereinten Nationen haben wir uns aktiv an den laufenden Diskussionen über ein verbindliches Abkommen über multinationale Unternehmen und Menschenrechte beteiligt.

Innerhalb der IAO musste sich die IÖD mit dem Widerstand der Arbeitgeber auseinandersetzen, die die Überwachungsmechanismen der IAO zu schwächen und konstruktive Debatten zu verhindern suchten, indem sie verwässerte Erklärungen und Schlussfolgerungen durchsetzen wollten. Die IÖD hat einen Beitrag zur Gestaltung der Diskussionen über die IAO-Erhebung zu Arbeitnehmerrechten und zur Care-Economy geleistet.

Wir waren ebenfalls federführend am Widerstand gegen den Vorsitz Katars auf der Internationalen Arbeitskonferenz 2023 beteiligt. Andere Mitglieder der Arbeitnehmergruppe haben sich entschieden, Katar trotz seiner beklagenswerten Geschichte von Verstößen gegen Arbeitnehmerrechte zu unterstützen.

## **Notfälle und Katastrophen**

### **Die IÖD hat eine Aktualisierung der IAO-Leitlinien für öffentliche Notfalldienste von 2003 verhandelt.**

Wir haben neue Formulierungen in den Leitlinien durchgesetzt und damit festgelegt, dass staatliche Notfalldienste nicht privatisiert und nicht von Austeritätsmaßnahmen betroffen sein dürfen, dass Arbeitnehmer\*innen (und Freiwillige) auch in Notfällen grundlegende Schutzmaßnahmen und Rechte bei der Arbeit in Anspruch nehmen dürfen einschließlich des Rechts, sich gewerkschaftlich zu organisieren, und dass Freiwillige keine Arbeitnehmer\*innen ersetzen dürfen. Besonders wichtig ist, dass Arbeitgeber für die Bereitstellung angemessener Hilfsmittel und Schulungen einschließlich persönlicher Schutzausrüstung, verantwortlich sind.

Die IÖD hat weltweit Workshops veranstaltet, um Gewerkschaften bei der Umsetzung dieser neuen Leitlinien zu unterstützen, und Netzwerke für Ersthelfer\*innen aufgebaut. Die IÖD hat sich bei Regierungen dafür eingesetzt, nationale Notfallpläne auszuarbeiten. Wir haben die Erfahrungen der Ebola-Ersthelfer\*innen unserer liberianischen Mitgliedsorganisation NAHWUL anderen Gewerkschaften in der ganzen Welt zur Verfügung gestellt und die Regierungen

aufgefordert, die Pandemievorsorge auf nationaler und globaler Ebene zu verbessern.

## Multinationale Unternehmen

**Die IÖD steht an vorderster Front, um multinationale Unternehmen und ihre Machtansprüche in die Schranken zu weisen und bessere Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer\*innen durchzusetzen.**

Die Neuverhandlung der globalen Rahmenvereinbarung mit dem Konzern EDF war ein wichtiger Schwerpunkt, wobei es bei den Verhandlungen in erster Linie um die Aktualisierung von Verweisen auf internationale Instrumente ging, darunter die *IAO-Grundsatzerklärung über multinationale Unternehmen* und die *UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (UNGP)*. 2018 unterzeichneten IÖD und IndustriALL eine erneuerte globale Rahmenvereinbarung mit EDF über die soziale Verantwortung von Unternehmen, die sich auf Menschen- und Arbeitnehmerrechte bezieht. Die Vereinbarung gilt für alle EDF-Betriebe weltweit und schützt über 160.000 Beschäftigte in 24 Ländern. Sie enthält insbesondere Bestimmungen über die Mitwirkung der Gewerkschaften an der Verantwortung der Unternehmen für die Lieferkette und die länderspezifische Steuerberichterstattung. Darüber hinaus haben wir Bestimmungen zur Neutralität, zu Steuern und zur Korruptionsbekämpfung durchgesetzt. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass EDF wieder vollständig unter staatliche Kontrolle gestellt wird, und haben an den Plenarsitzungen des Monitoring Committees für die Rahmenvereinbarung mit EDF teilgenommen. Wir haben ebenfalls gemeinsame Vorschläge für die Erneuerung der Rahmenvereinbarung mit ENEL und ENGIE entwickelt und uns am Aufbau eines Netzwerks mit den lateinamerikanischen ENEL-Mitgliedern beteiligt.

Wir haben unsere Mitgliedsorganisationen dabei unterstützt, sich gegen globale Rahmenvereinbarungen zu wehren, die zwischen „gelben“ Gewerkschaften und gewerkschaftsfeindlichen Arbeitgebern geschlossen wurden, wie z. B. die Vereinbarung mit Orpea, einem im Sozialsektor tätigen französischen multinationalen Unternehmen. Orpea wurde wegen Ausbeutung von Beschäftigten, Misshandlung von Patient\*innen, Betrug, Geldwäsche und Korruption angeklagt. Die Gerichte hoben die manipulierte Wahl der Arbeitnehmervertretung von 2019 auf, bei der die Unternehmensleitung heimlich die gelbe Gewerkschaft unterstützt hat. Ein weiteres Gericht verurteilte das Unternehmen wegen der Schikanen gegenüber der Vorsitzenden des Europäischen Betriebsrats. Der ehemalige Vorstandsvorsitzende und der Finanzvorstand wurden wegen Betrugs und anderer finanzieller Unregelmäßigkeiten angeklagt und warten auf ihren Prozess. Weitere Anklagen gegen das Unternehmen sind in Vorbereitung. Der Wert der Orpea-Aktien ist abgestürzt, und die staatliche französische Investmentbank *Caisse des Dépôts et Consignations* ist derzeit der Hauptaktionär und hat die Geschäftsführung übernommen.

# Korruptionsbekämpfung und Schutz von Whistleblowern

**Wir haben das erste globale Whistleblower-Symposium veranstaltet und eine Whistleblower-Taskforce eingesetzt, die ein globales Bündnis mit Gewerkschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft bildet, um Whistleblower zu schützen und auf ein IAO-Instrument zu ihrem Schutz hinzuwirken.**

Dies hat dazu beigetragen, dass es die IAO als wichtige Aufgabe erkannt hat, Maßnahmen zum Schutz von Whistleblowern als Teil ihres Auftrags und Mandats zu ergreifen. Der Verwaltungsrat der IAO erörtert derzeit diese Empfehlung.

# Förderung von Gleichstellung und Gerechtigkeit

**Die IÖD war maßgeblich an der Kampagne für die Ausarbeitung, Ratifikation und Umsetzung des IAO-Übereinkommens 190 zur Bekämpfung von Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz beteiligt, indem sie gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen nationale Kampagnen durchgeführt und Dutzende von Ländern dazu gebracht hat, das Übereinkommen bereits jetzt zu ratifizieren.**

Wir haben uns an der *Women's Global Strike Campaign* beteiligt und Kontakte zu der Black Lives Matter-Bewegung hergestellt, wobei unsere globalen Webinare allein über Livestream mehr als 3.000 Menschen erreichten.

Wir haben zahlreiche Schlussfolgerungen der UN-Kommission für die Rechtsstellung der Frau mitgestaltet, indem wir durch unser beständiges Engagement die Bedeutung von menschenwürdiger Arbeit, gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit und die Verantwortung des Staates für die Bereitstellung von Care-Diensten hervorgehoben haben. Die IÖD hat eine geschlechtergerechtere Handelspolitik gefordert und die nachteiligen Auswirkungen der WTO-Regeln auf die wirtschaftliche Autarkie von Frauen kritisiert. Wir haben die *Leitlinien für die Gestaltung eines feministischen Steuersystems* herausgegeben und Webinare veranstaltet, um den Mitgliedern diese Leitlinien vorzustellen und uns für eine Steuerpolitik einzusetzen, die den Druck auf Frauen verringert.

Die Covid-19-Pandemie hatte zu Folge, dass die IÖD die entscheidende Rolle der Frauen im Pflegesektor erkannt hat und Forderungen nach einem radikalen Wandel in der Care-Politik gestellt hat. Unser Frauenausschuss hat sich an der Ausarbeitung eines neuen *Pflegemanifests* beteiligt, das den Gewerkschaften helfen soll, eine bessere Anerkennung und Entlohnung von Pflegearbeit durchzusetzen, die Belastung von Frauen durch unbezahlte Care-Arbeit zu

verringern und die Care-Arbeit innerhalb der Haushalte und der Erwerbsbevölkerung anders zu verteilen.

## **LGBT+-Gemeinschaft**

**Die IÖD ist zur wichtigsten globalen Gewerkschaft im Kampf für die Rechte von LGBTI-Beschäftigten auf internationaler Ebene geworden.**

Wir haben die erste Sitzung der LGBTI+-Arbeitsgruppe des Rates der internationalen Branchengewerkschaften organisiert; daraus ist ein fortlaufendes gemeinsames Projekt entstanden. 2019 haben wir die Funktion eines/r Kampagnenbeauftragten für LGBTI+-Rechte eingeführt und unsere Website für LGBTI-Beschäftigte gestartet. Es wurde eine Strategie entwickelt, um die Inklusion innerhalb der IÖD und der angeschlossenen Gewerkschaften zu fördern, wobei der Schwerpunkt auf Kollektivvertragsklauseln und der Aufklärung von Aktivist\*innen über LGBTI+-Arbeitsplatzfragen lag.

Wir haben die erste Sitzung internationaler Branchengewerkschaften zum Thema LGBTI-Arbeitnehmer\*innen auf der Internationalen Arbeitskonferenz 2023 organisiert und uns gegen Versuche gewehrt, uns zum Schweigen zu bringen. Wir sind derzeit dabei, regionale Arbeitsgruppen einzurichten, um den Kapazitätsaufbau und das Engagement für LGBTI+-Themen zu verbessern.

## **Arbeitnehmer\*innen mit Behinderungen**

**Die IÖD hat innerhalb der IAO Diskussionen über die Rechte von Arbeitnehmer\*innen mit Behinderungen angeregt und ACTRAV erfolgreich dazu bewegt, menschenwürdige Arbeit für Menschen mit Behinderungen zu fördern und gegen Ungleichheiten zu kämpfen, die die Folge der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen sind.**

In Interamerika haben wir mit Unterstützung des DGB bei der Organisation des ersten Regionaltreffens von Arbeitnehmer\*innen mit Behinderungen geholfen, das sich mit den Problemen dieser Gruppe von Arbeitnehmer\*innen befasst hat. Wir haben Bündnisse mit Behindertenverbänden geschmiedet, darunter eine Partnerschaft mit der International Disability Alliance. Wir unterstützen weiterhin die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in den öffentlichen Dienst und setzen uns für ihre uneingeschränkten Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte ein.

Die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, wie dringend die Inklusion von Menschen mit Behinderungen ist, und die IÖD hat sich aktiv an den entsprechenden Prozessen auf Ebene der Vereinten Nationen beteiligt, um die Auswirkungen der Pandemie auf Menschen mit Behinderungen zu thematisieren.

# Junge Beschäftigte

**Bei unseren Initiativen für eine Verbesserung der Rechte junger Beschäftigter auf der ganzen Welt geht es in erster Linie um den Aufbau von Kapazitäten, Bildung und Advocacy-Arbeit, um jungen Beschäftigten Handlungsmacht zu geben und ihre Inklusion in die Gewerkschaftsbewegung zu fördern.**

2017 hat die IÖD eine Gewerkschaftsschule für junge Beschäftigte eröffnet und Pilotworkshops in Chile und Nairobi veranstaltet. Die IÖD hat sich für eine stärkere Vertretung und Beteiligung junger Beschäftigter innerhalb unserer Organisation eingesetzt. Wir haben die Zahl der Vertreter\*innen junger Arbeitnehmer\*innen im Vorstand verdoppelt und sichergestellt, dass jede Region mit zwei Personen vertreten ist, davon eine junge Frau.

Wir haben junge Führungskräfte zur Teilnahme an unseren Seminaren zu einer breiten Palette von Themen wie Digitalisierung, Privatisierung und Veränderung unserer Pflegesysteme ermutigt und auf die wichtigsten Herausforderungen aufmerksam gemacht, mit denen junge Arbeitnehmer\*innen insbesondere während der Covid-19-Pandemie konfrontiert waren. Wir haben erfolgreich nachhaltige Strukturen für junge Beschäftigte auf verschiedenen Ebenen eingeführt und die Einflussmöglichkeiten und die Glaubwürdigkeit junger Beschäftigter innerhalb unserer Mitgliedsgewerkschaften erhöht

## Gewerkschaftliche Organisation & Wachstum

**Die IÖD hat den Gewerkschaften weiterhin im Rahmen ihrer Zusammenarbeit dabei geholfen, ihre Mitgliederzahlen zu erhöhen, und Erfahrungen und Praktiken weitergegeben, die sich bei der Rekrutierung neuer Mitglieder bewährt haben. Hier war besonders unsere Projektabteilung hilfreich.**

Ein Hauptaugenmerk liegt nach wie vor auf der privaten Gesundheitsbranche, die in einer Reihe von Ländern wächst und deren Profitmodell darauf beruht, Löhne und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und wo immer es möglich ist, Gewerkschaften zu bekämpfen oder zu zerstören. Gemeinsam mit SEIU und ver.di hat die IÖD ein globales Netzwerk auf den Weg gebracht, um gegen die gewerkschaftsfeindlichen Praktiken des multinationalen Gesundheitskonzerns Fresenius vorzugehen, der in 100 Ländern mit 280.000 Beschäftigten tätig ist. Die IÖD hat der Alliance of Filipino Workers (AFW) mit Unterstützung von SEIU und UNISON geholfen, eine Reihe privater Krankenhäuser erfolgreich gewerkschaftlich zu organisieren, indem sie Vollzeit Personal eingestellt hat, das für die Organisationsarbeit zuständig ist, und indem sie Prioritätsziele definiert hat.

In Pakistan haben wir unserer Mitgliedsorganisation, der All Sindh Lady Health Workers and Employees Union (ASLHWEU), geholfen, ihren Kampf um die Anerkennung als Gewerkschaft zu gewinnen. Dies führte dazu, dass Tausende von Gesundheitshelfer\*innen als vollwertige Arbeitskräfte anerkannt wurden und nicht mehr nur einen Status als Ehrenamtliche haben. Die Folge sind bessere Arbeitsbedingungen, Mindestlöhne und das Recht auf Kollektivverhandlungen.

In Tansania hat die Gewerkschaft der Regierungs- und Gesundheitsbediensteten (mit Unterstützung von Kommunal und Union to Union) und in Mosambik die Gewerkschaft Sindicato Nacional de Função Pública (mit Unterstützung von JHL und SASK) ein Wachstumsmodell angewandt, um den gewerkschaftlichen Organisationsgrad zu erhöhen, ihre Mitgliederzahl zu steigern und der Gewerkschaft eine neue Dynamik zu verleihen

## **Kommunikations- und Kampagnenunterstützung**

**Unser Kommunikationsteam hat die Entwicklung unserer arbeitnehmerorientierten Kommunikationsstrategie geleitet, eine neue Website und digitale Tools entwickelt und das visuelle Erscheinungsbild der IÖD verbessert.**

Wir haben ein neues Online-Publikationsformat eingeführt, das die Integration von themenbezogenen Materialien wie Videos und Podcasts in die Recherche ermöglicht, und die Kampagnenplattform „People over Profit“ ins Netz gestellt. Unsere Integration digitaler Tools ermöglicht es vielen Mitgliedsorganisationen, die nicht über Web-Kapazitäten verfügen, ihre eigenen Websites zu entwickeln. Dies beinhaltet die Möglichkeit, Umfragen zu erstellen, maschinelle Übersetzungen zu integrieren und Strategien an Kollegen\*innen in aller Welt weiterzugeben.

Im Rahmen von Covid-19 haben sich unsere Prioritäten verlagert, und wir konzentrieren uns jetzt auf die digitale Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedsorganisationen und Partnern, damit die Stimme der Beschäftigten an vorderster Front beim Aufbau nach der Krise gehört wird. Wir haben mit verschiedenen Organisationen zusammengearbeitet, darunter Action Aid und das Tax Justice Network, und öffentlichkeitswirksame globale Kampagnen im Zusammenhang mit Covid-19, Steuergerechtigkeit und öffentlichen Dienstleistungen durchgeführt. Wir haben das interaktive Online-Dokumentationsprojekt *Behind The Mask* auf den Weg gebracht, das die Kämpfe der Arbeitnehmer\*innen während der Covid-Epidemie zeigt und beschreibt, welche politischen Ursachen die Krise verschärft haben. Außerdem haben wir eine Bestandsaufnahme der von Covid-19 betroffenen Beschäftigten im Gesundheitswesen durchgeführt und verschiedene Kampagnen gestartet, darunter *Safe Workers Save Lives* und das *Nurses Manifesto*. Wir haben neues Personal für die Pressearbeit eingestellt, um die Stimme der IÖD in den aufkommenden Debatten zu Gehör zu bringen, und haben erreicht, dass die BBC, The Guardian,

Le Monde Diplomatique und andere wichtige regionale Medien darüber berichtet haben.

## **Unterstützung der gewerkschaftlichen Entwicklung**

**Die Arbeit der IÖD im Bereich Gewerkschaftsentwicklung hat dazu beigetragen, unsere Mitgliedsorganisationen zu stärken und globale Solidarität aufzubauen.**

Zu den wichtigsten Ergebnissen dieser Projekte gehörten die Ratifikation des IAO-Übereinkommens 151 über Kollektivverhandlungen im öffentlichen Dienst auf den Philippinen, das Urteil gegen die Privatisierung von Energieanlagen in Indonesien und die Sammlung von 7.000 Unterschriften für die Registrierung von Mitgliedern in Mosambik.

Durch unsere Projekte machte Tunesien Fortschritte bei der Ratifikation der *UN-Wanderarbeiterkonvention* und der *IAO-Übereinkommen zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer*, und der tunesische Gewerkschaftsdachverband ermöglicht jetzt auch Arbeitsmigrant\*innen die Mitgliedschaft. Während der Covid-19-Pandemie hat die IÖD die Beschäftigten an vorderster Front unterstützt und unsere Projektaktivitäten angepasst. Projekte in Ländern wie Ecuador, Indonesien, Elfenbeinküste und Tunesien haben weiterhin Fortschritte in verschiedenen Bereichen verzeichnet, darunter Gesundheit, Arbeitsrechte und Gleichstellung. Unser Projekt in Pakistan hat dazu beigetragen, dass Gesundheitshelfer\*innen endlich als reguläre Arbeitnehmer\*innen anerkannt werden, und in Tansania hat unser Projekt den IÖD-Mitgliedsorganisationen im Gesundheitssektor geholfen, 9.000 neue Mitglieder anzuwerben. Im Nahen Osten und in Nordafrika ist die Zahl von Frauen in Entscheidungspositionen der IÖD-Mitgliedsorganisationen gestiegen.

Die IÖD bedankt sich herzlich bei den folgenden Organisationen für ihre hochgeschätzte Unterstützung unserer Projekte: Mondiaal FNV (Niederlande), DGB\_BW (Deutschland), EU - DEAR (Europa), FES (Deutschland), DTDA (Dänemark), SASK (Finnland), Wellspring (Vereinigte Staaten), OSF (Vereinigte Staaten), Luminare (USA), Nordic Consortium, CUPE (Kanada), FIQ (Kanada), PSAC (Kanada), OEGB (Österreich), JYTY (Finnland), Vårdförbundet (Schweden), Akademikerförbundet SSR (Schweden), FNV-PZ (Niederlande), Fórsa (Irland), Kommunal (Schweden), KNS (nordische Länder), JHL (Finnland), SEIU (USA), ST (Schweden), TEHY (Finnland), UNISON (Vereinigtes Königreich), Vision (Schweden), Solidarity Center (USA) und Union to Union (Schweden).